

Hamburg, 5.10.17

„Verhandlungen sind schwierig“

Volksinitiative „Gute Inklusion“ und Fraktionen von SPD und Grüne brauchen mehr Zeit

Von [Julia Witte genannt Vedder](#)

Mit schwierigen Verhandlungen kennen sich Andreas Dressel, Fraktionsvorsitzender der SPD, und sein Pendant bei den Grünen, Anjes Tjarks, gut aus. Die beiden Politiker haben bereits gemeinsame Lösungen mit den Volksinitiativen für eine bessere Integration von Flüchtlingen und für einen guten Ganztags an Hamburgs Schulen ausgehandelt. Ihr Auftreten und der Wille, Probleme aus dem Weg zu schaffen, hat den beiden Fraktionschefs den Spitznamen das „A-Team“ eingebracht. Doch im aktuellen Fall der Volksinitiative für eine „gute Inklusion“ an Hamburgs Schulen scheinen die Gespräche besonders knifflig zu sein. „Die Verhandlungen finden in einer offenen konstruktiven Atmosphäre statt, gestalten sich in der Sache aber schwierig“, sagte Sylvia Wehde, Vertrauensperson der Volksinitiative am Mittwoch. Die Initiative habe deshalb jetzt eine Fristverlängerung für die laufenden Gespräche beantragt.

Am kommenden Mittwoch wird die Bürgerschaft über den Antrag entscheiden. Vorgesehen ist eine solche Verlängerung im Gesetz eigentlich nicht. Da auch Dressel und Tjarks mehr Zeit wollen, um einen drohenden Volksentscheid rechtzeitig abwenden zu können, wird es wohl aber zu der Aussetzung kommen.

Insgesamt zwölf Stunden haben die Fraktionschefs bereits mit der Initiative verhandelt. Die Vorstellungen der Initiatoren und Rot-Grün liegen offenbar noch weit auseinander. Die Initiative fordert unter anderem mehr Lehrer, damit Schüler mit und ohne Behinderung gleich gut an denselben Schulen unterrichtet werden können. Dazu soll eine umstrittene Umstellung der Lehrer-Schüler-Relation bei Schülern mit Behinderungen und Förderbedarfen rückgängig gemacht werden. Außerdem sollen zum Beispiel die Schulgebäude barrierefrei werden und Schüler mit Behinderungen dieselben Therapieangebote bekommen, die sie an speziellen Förderschulen hätten. Allesamt Forderungen, die mit erheblichen zusätzlichen Kosten für die Stadt verbunden wären. Schulsenator Ties [Rabe](#) (SPD) hatte allein die Zahl der zusätzlich benötigten Lehrer auf 500 beziffert und die Forderungen der Initiatoren einst als „nicht nachvollziehbar“ kommentiert. Den beiden Fraktionschefs kommt nun die Aufgabe zu, zwischen diesen beiden Positionen zu vermitteln. „Wir wollen eine Einigung – aber sie muss machbar und bezahlbar sein“, ließen sie sich am Mittwoch zitieren. Die hierfür nötige Fristverlängerung werde den Beteiligten „den Rahmen geben, Möglichkeiten für eine Verständigung sorgfältig auszuloten“.

Die Volksinitiative hat die Unterstützung von 23 Organisationen, darunter mehrere Elternorganisationen, Lehrer- und Schülerkammer, die drei Schulleitungsverbände von Grund-, Stadtteilschulen und Gymnasien, Gewerkschaften sowie schulische Fachverbände. Für ihr Anliegen, die Inklusion an Hamburgs Schulen mit mehr Mitteln auszustatten, konnten sie in etwas mehr als drei Monaten 24.000 Unterschriften sammeln. 10.000 Unterschriften hätten die Initiatoren für eine erfolgreiche Volksinitiative gebraucht – sechs Monate hätten

sie Zeit gehabt. Die Initiative hat also eine starke Verhandlungsposition. Zudem betrifft die Inklusion fast 130.000 Schüler. Denn so viele Schüler besuchen Schulen, an denen nichtbehinderte und behinderte Kinder gemeinsam unterrichtet werden.

Parallel zu den Verhandlungen, die jetzt bis Anfang Januar verlängert werden sollen, hält sich die Initiative den Weg für ein Volksbegehren offen. Dieses wäre der zweite Schritt auf dem Weg zum Volksentscheid. „Noch hoffen wir, auf dem Verhandlungsweg substanzielle Verbesserungen durchzusetzen“, sagte Pit Katzer, Vertrauensperson der Volksinitiative und selbst pensionierter Schulleiter.

© WeltN24 GmbH. Alle Rechte vorbehalten.